

M

MEINUNG

Tageskommentar

Die Kehrseite der Medaille

Stefan A. Schmid
über den Preisboom
bei den Zweitwohnungen



Jahr für Jahr nehmen Ökonomen der UBS die Preisentwicklung auf dem Ferienwohnungsmarkt unter die Lupe. Ihre Studienergebnisse eignen sich primär als Bettelkür für Millionäre: Denn eine Zweitwohnung in den Bergen können sich Normalverdienende schon lange nicht mehr leisten. Eine Wohnung in gehobenem Standard kostet im Durchschnitt 13 000 Franken pro Quadratmeter. Besonders teuer ist das zweite Daheim in Graubünden: Unter den Top Ten im Alpenraum rangieren mit St. Moritz, Flims/Laax, Lenzerheide, Arosa und Davos/Klosters gleich fünf Bündner Destinationen. In keiner anderen Region sind die Ferienwohnungspreise im Jahr 2023 derart stark gestiegen wie in unserem Kanton.

Erfreulich mag dies aus einem touristischen Blickwinkel sein. Denn die Zweitwohnungspreise sind ein Gradmesser: Sie zeigen, dass das Ferien-Gesamtpaket in Graubünden stimmt. Mit der Infrastruktur, der schönen Bergwelt und der vergleichsweise grossen Schneesicherheit kann Graubünden ganz offensichtlich punkten.

Leidtragende des Preisbooms im Zweitwohnungssegment – fast 30 Prozent in den vergangenen vier Jahren! – sind aber die Einheimischen, die in den Tourismus-Hotspots kaum mehr bezahlbare Wohnungen finden. Das ist die Kehrseite der Medaille. Denn aufgrund des Zweitwohnungsgesetzes kommen neue Ferienwohnungen in den meisten Fällen nur noch dann auf den Markt, wenn sie aus bestehenden Erstwohnungen umgewandelt wurden. Und dies verknappt wiederum das Wohnraumangebot. Dieser Zusammenhang ist zwar alles andere als neu und das Problem von der Politik erkannt. Doch zu wenig passiert. Dabei würden die munter steigenden Ferienwohnungspreise Lösungen umso dringender machen.

Bericht Seite 7

@ Stefan A. Schmid, Leiter Wirtschaft
stefan.schmid@somedia.ch

IMPRESSUM

Südschweiz unabhängige schweizerische Tageszeitung mit Regionalausgaben in den Kantonen Graubünden, Glarus, St. Gallen und Schwyz.

Herausgeberin Somedia Press AG

Verleger: Hanspeter Lebrument; CEO: Thomas Kundert

Chefredaktion Reto Furter (Co-Leiter Chefredaktion),

Joachim Braun (Co-Leiter Chefredaktion),

Philipp Wyss (Chefredaktor Online/Zeitung),

Stefan Nägeli (Leiter Audio/Video)

Kundenservice/Abo Somedia, Sommeraustasse 32, 7007 Chur,

Telefon 0844 226 226, E-Mail: abo@somedia.ch

Inserate Somedia Promotion AG

Verbreitete Auflage (Südschweiz Gesamt): 62 586 Exemplare,

davon verkaufte Auflage 58 113 Exemplare (WEMF /KS-beglaubigt 2023)

Reichweite 131 000 Leserinnen und Leser (MACH-Basis 2022-2)

Erscheint sechsmal wöchentlich

Adresse: Südschweiz, Sommeraustasse 32, 7007 Chur, Telefon 081 255 50 50

E-Mail: graubuenden@suedostschweiz.ch; kultur@suedostschweiz.ch;

nachrichten@suedostschweiz.ch; sport@suedostschweiz.ch; forum@suedostschweiz.ch

Wir behalten uns alle Rechte vor. Dies gilt insbesondere für deren Speicherung, Bearbeitung, Verarbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung und gilt für Printprodukte, Webseiten, Soziale Medien, Training für maschinelles Lernen (AI) etc.. Um redaktionelle Texte, Bilder oder Fotos zu verwenden ist eine schriftliche Zustimmung der Geschäftsleitung erforderlich. Die Redaktion behält sich zudem das Recht vor, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder die Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung erforderlich. © Somedia AG, ©Somedia Press AG, ©Somedia Promotion AG.

Berner Politik

Sagt auch der Nationalrat ja zum WEF?

Martin Candinas*
über die Sommer-
session, die soeben
begonnen hat



Über die eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom 9. Juni 2024 wurde an dieser Stelle bereits viel geschrieben. So halte ich mich dazu kurz und möchte noch auf zwei wichtige Themen der aktuellen Sommersession eingehen.

Das Stromgesetz ist gerade für Graubünden als Wasserschloss zentral. Nachdem das Schweizer Volk erstens einen Ausstieg aus der Kernkraft beschlossen hat und zweitens die fossilen Energieträger bis 2050 mit erneuerbaren Energien ersetzen will, gibt es nur noch einen Weg: Wir müssen die Wasserkraft weiter ausbauen und das Potenzial der Solarkraft besser ausschöpfen. Nur so können wir die Versorgungssicherheit der Schweiz stärken und gewährleisten.

Die Volksinitiative zur Einführung einer Kostenbremse im Gesundheitswesen verlangt, dass die Kosten im Gesundheitswesen dank wirksamen Anreizen nicht stärker steigen dürfen als die Entwicklung der schweizerischen Gesamtwirtschaft und die durchschnittlichen Löhne. Wenn dies nicht gelingt, muss

der Bundesrat mit den Kantonen zusammen Massnahmen ergreifen. Die Initiative wird keine Wunder vollbringen, aber den Druck auf den Bundesrat und vor allem auf die Akteure im Gesundheitswesen hochhalten.

Demgegenüber ist die Prämien-Entlastungs-Initiative höchst gefährlich. Sie bedeutet jährliche Mehrkosten in Milliardenhöhe und es fehlt ein Anreiz zur Dämpfung der Gesundheitskosten. Kurzum, die Initiative ist reine Umverteilung, denn die Kosten werden durch höhere Steuern kompensiert werden müssen. Der Bundesrat und das Parlament haben aber einen massvollen indirekten Gegenvorschlag ausgearbeitet, der die Prämien weiter verbilligt, für jene, die dies nötig haben, und zusätzlich einen kostendämpfenden Anreiz setzt.

Und nun zur Sommersession der eidgenössischen Räte, die am Montag begonnen hat. Als Mitglied der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen sowie der Sicherheitspolitischen Kommission gehe ich auf zwei Geschäfte dieser Kommissionen ein.

Der Bundesrat unterbreitet dem Parlament alle zwei Jahre einen Bericht über den Stand der Verlagerung des alpenquerenden Schwerverkehrs, den sogenannten Verlagerungsbericht. Im Jahr 2022 wurden noch immer 927 000 alpenquerende Fahrten von schweren Güterfahrzeugen gezählt. Vom gesetzlich festgelegten Verlagerungsziel von

650 000 alpenquerenden Fahrten sind wir aber nach wie vor weit entfernt. Die Verlagerung auf die Schiene muss deshalb weiter vorangetrieben und vor allem eine Rückverlagerung auf die Strasse verhindert werden. Dies wäre insbesondere mit Blick auf den San Bernardino auch für Graubünden fatal. Der Nationalrat wird sich mit fünf Vorstößen zu diesem Thema auseinandersetzen.

Das zweite Geschäft betrifft das World Economic Forum (WEF), eine enorm wertvolle Plattform für die Schweiz. Das WEF bietet allen Teilnehmenden und auch dem Bundesrat die Möglichkeit, zahlreiche Kontakte zu hochrangigen Personen zu knüpfen. Es bietet die Chance, schweizerische Positionen und Anliegen gegenüber ausländischen Partnern zu vertreten. Der Bundesrat will daher die vom Kanton Graubünden getroffenen Sicherheitsmassnahmen weiterhin unterstützen. Aus diesem Grund hat er den Einsatz von maximal 5000 Armeeangehörigen im Assistenzdienst und eine Beteiligung an den Sicherheitskosten durch den Bund in der Höhe von maximal 2,55 Millionen Schweizer Franken pro Jahr bis 2027 beschlossen. Für Graubünden ist es wichtig, dass diese Unterstützung im Nationalrat klar genehmigt wird.

* Martin Candinas ist Mitte-Nationalrat. In der Rubrik «Berner Politik» kommen die Bündner Mitglieder der eidgenössischen Räte abwechselnd zu Wort.

Des Rätsels Lösung



Die im Bilderrätsel vom Dienstag gesuchten Musikanten spielen auf dem Dorfplatz in Malans auf. Geschaffen wurden die Holzskulpturen vom Bündner Künstler Peter Leisinger.

Bild Livia Mauerhofer

Follow me

X POST
DES TAGES

«Frauen packen englische Zitate in ihre Story für einen Typen, der kein Englisch kann.»

@ahmet4blockss

TOPSTORYS
ONLINE

1 **Tradition seit 1854:** Die Maiensässfahrt in Chur findet am Mittwoch statt

2 **Kostenpunkt 200 Millionen Franken:** Neue Pläne fürs «Arosa Kulm»-Hotel

3 **Von Corvi über Raffainer bis Steffi Buchli:** So sieht die neue EHC Chur AG aus

! WIR HATTEN
GEFRAGT

Ferien am Meer:
Haben Sie Angst
vor Haien?

Stand: Vortag 18 Uhr
Stimmen: 682

? FRAGE
DES TAGES

Empfinden Sie Tourismus
manchmal als störend?

Abstimmen auf [suedostschweiz.ch](https://www.suedostschweiz.ch). Haben auch Sie eine Frage? Senden Sie Ihren Vorschlag an forum@suedostschweiz.ch

